

Verwertbarkeit privat erlangter Beweise in Strassenverkehrsfällen



SKG INSTRUKTIONSKURS
9.11.2018 IN FLIMS

Digitalisierung des Alltags



Digitalisierung des Alltags

- Aufzeichnung und Speicherung von Daten heute **so einfach und günstig wie nie**
 - Bild und Ton
 - Zeit, Standort, Geschwindigkeiten/Beschleunigungen
 - ...
- Umgang mit diesen Daten bzw. Möglichkeiten: **Regelungsbedarf**
 - Keine Frage des Strafprozessrechts
- Datensammlung im **Strassenverkehr** durch Private
 - Wenn Eingang in Strafprozess: Frage des Strafprozessrechts

Digitalisierung des Alltags und Beweis



Quelle: <https://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/region/Ueberholmanoever-gefilmt--jetzt-wirds-teuer/story/26055869>



Beweissammlung durch Private

- **Kein Beweiserhebungsmonopol** des Staates
 - trotz Untersuchungsmaxime
- **Recht**, Beweise zu präsentieren
 - Parteien
 - Dritte (vgl. auch Anzeigerecht, Art. 301 StPO)
- **Grenzen**: Rechtsordnung
 - Verwertbarkeit bei Verstoss?

Beweisverwertbarkeit

Art. 141 Abs. 1-3 StPO

¹ Beweise, die in Verletzung von Artikel 140 erhoben wurden, sind in keinem Falle verwertbar. Dasselbe gilt, wenn dieses Gesetz einen Beweis als unverwertbar bezeichnet.

² Beweise, die **Strafbehörden** in strafbarer Weise oder unter Verletzung von Gültigkeitsvorschriften erhoben haben, dürfen nicht verwertet werden, es sei denn, ihre Verwertung sei zur Aufklärung schwerer Straftaten unerlässlich.

³ Beweise, bei deren Erhebung Ordnungsvorschriften verletzt worden sind, sind verwertbar.

→ Regelt **nicht private Beweiserhebung**
(immerhin diskutabel: Art. 140 i.V.m. Art. 141 Abs. 1 StPO)

Beweisverwertbarkeit

Art. 150 Vorentwurf StPO: Von Privaten erhobene Beweise

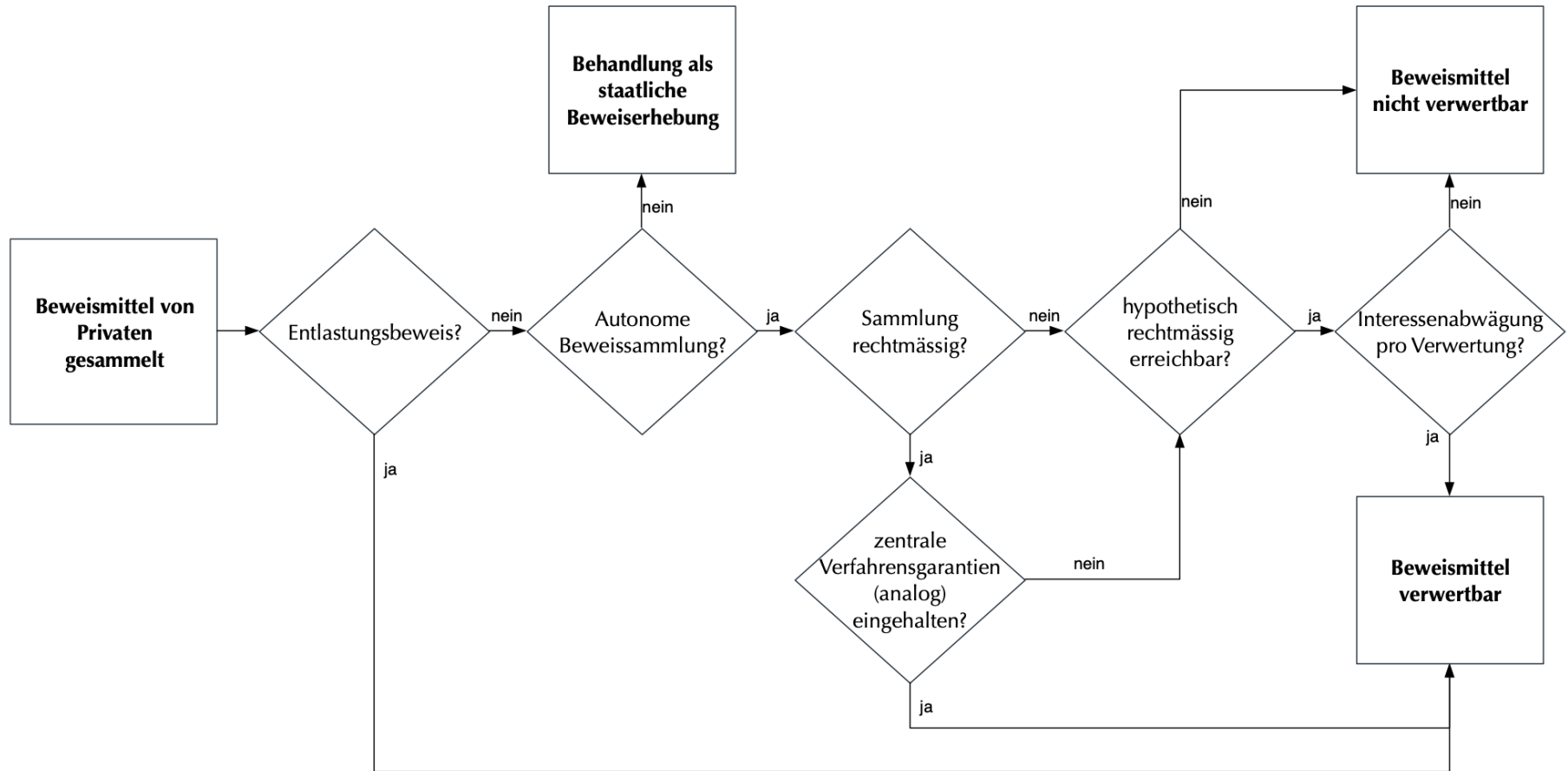
Beweise, die von Privaten auf strafbare Weise erlangt wurden, dürfen im Strafverfahren nur verwertet werden, wenn das öffentliche oder private Interesse an der Wahrheitsfindung die durch die verletzten Strafbestimmungen geschützten Interessen überwiegt.

- Nach Vernehmlassung **gestrichen**
- **Keine explizite Regelung** in der StPO
- Frage der **Praxis** überlassen

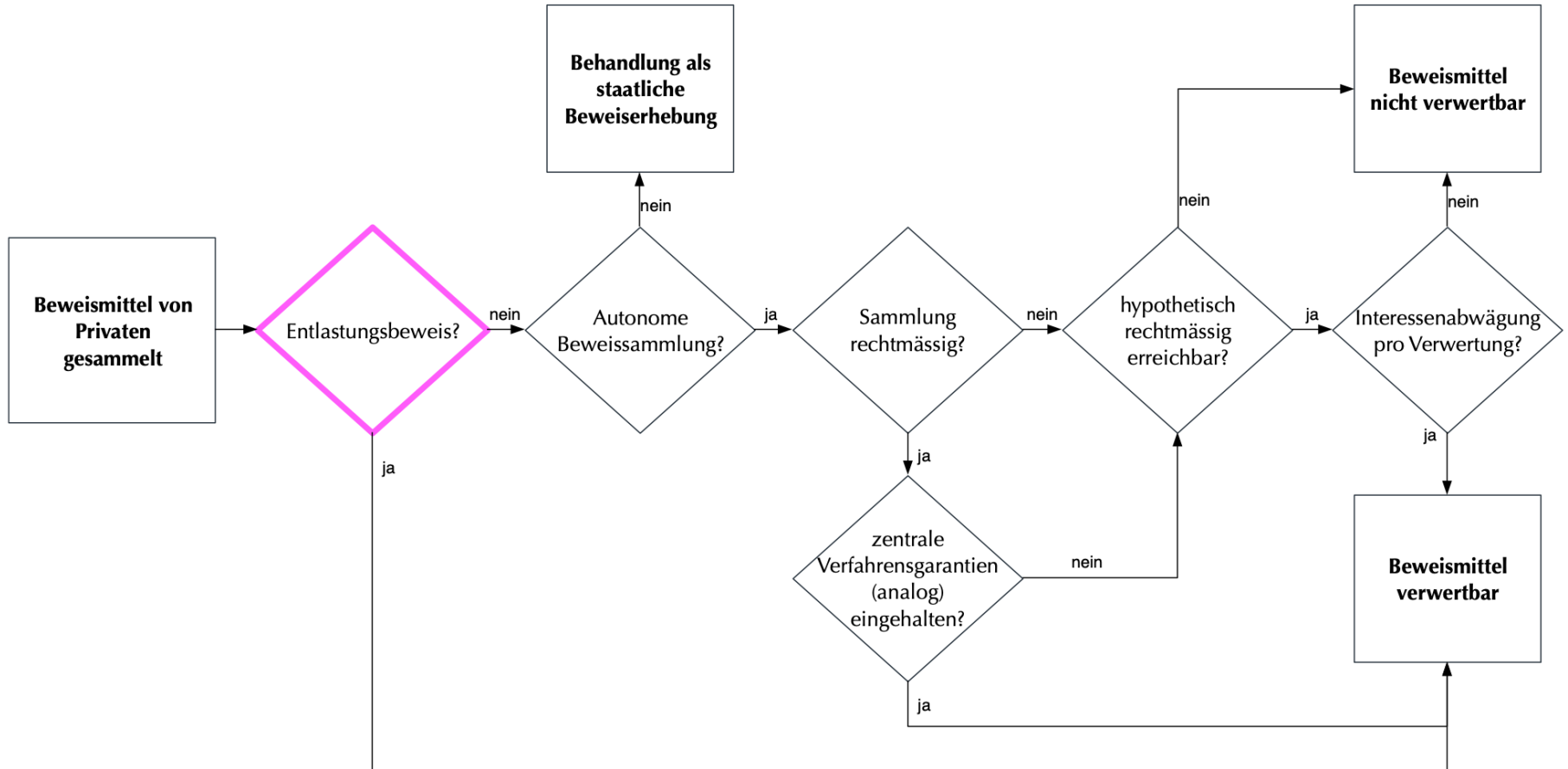
Beweisverwertbarkeit: Rechtsprechung

- Von Privaten rechtswidrig erhobene Beweise **nur verwertbar, wenn**
 - **hypothetisch rechtmässig erreichbar** für Strafverfolgungsbehörden
 - und (**kumulativ!**)
 - **Interessenabwägung** für Verwertung spricht
- (wohl) gefestigte **Bundesgerichtspraxis** (z.B. BGer 6B_1241/2016, 17.7.17)
- **Folgerungen**
 - Zweistufiges Verfahren (≠ VE-StPO)
 - Grundsatz Unverwertbarkeit, Ausnahme Verwertbarkeit
 - Verwertbarkeit selbst bei Straftaten nicht per se ausgeschlossen

Überblick



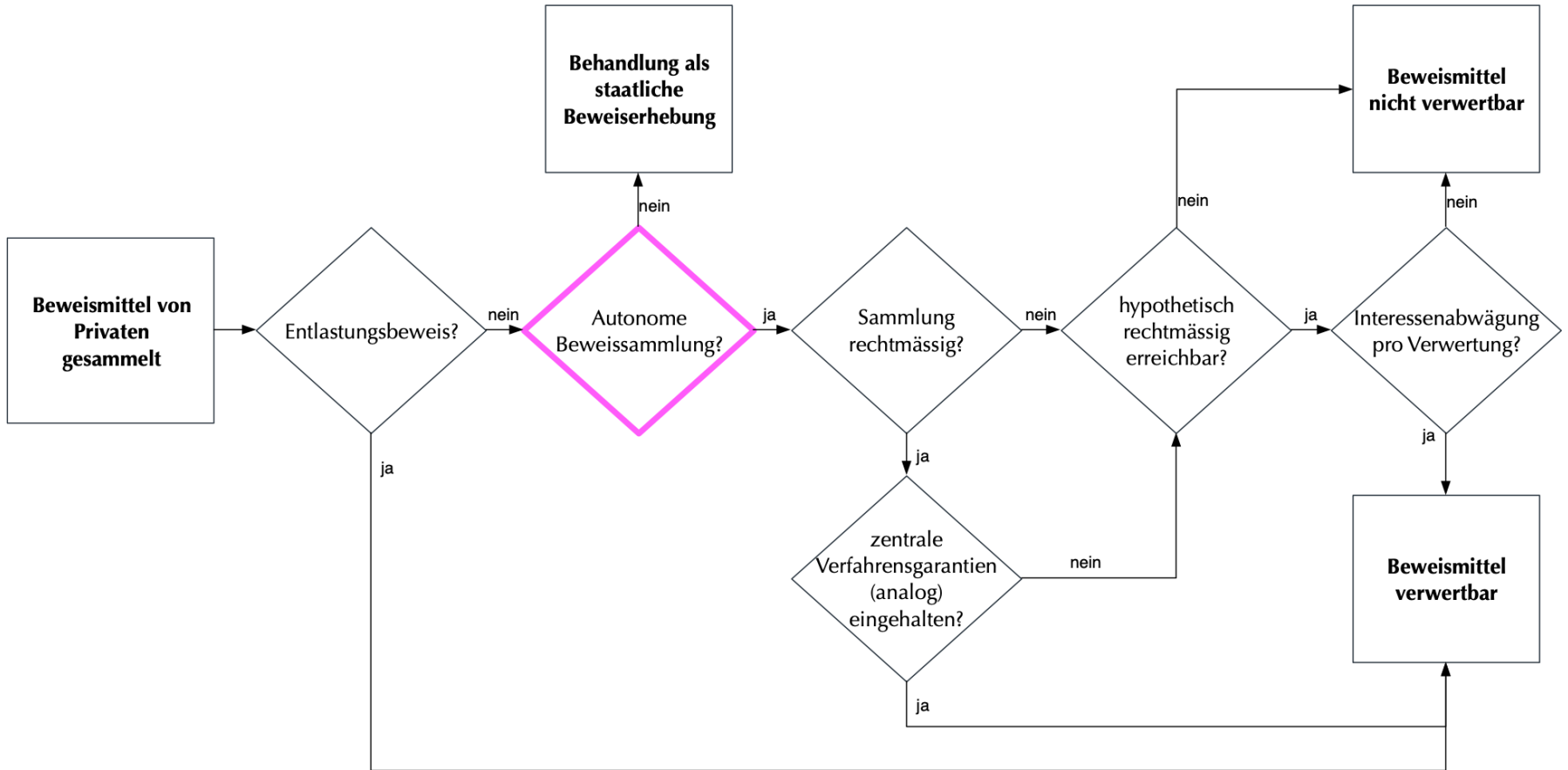
Entlastungsbeweis



Entlastungsbeweis

- Verwertbarkeit rechtswidrig erhobener **Entlastungsbeweise**?
- **Nicht unumstritten**
 - h.M.: grundsätzlich verwertbar (mehrere Beschuldigte?)
 - Gegenargumente
 - Art. 140 Abs. 2 StPO verbietet gewisse Methoden selbst bei Einwilligung
 - Praktisches Problem, wenn Beweismittel gesiegelt (Art. 141 Abs. 5 StPO)
 - Problematik von Art. 140 StPO in Strassenverkehrsfällen wohl nicht relevant, praktisches Problem kann nicht ausschlaggebend sein

Autonome Beweissammlung

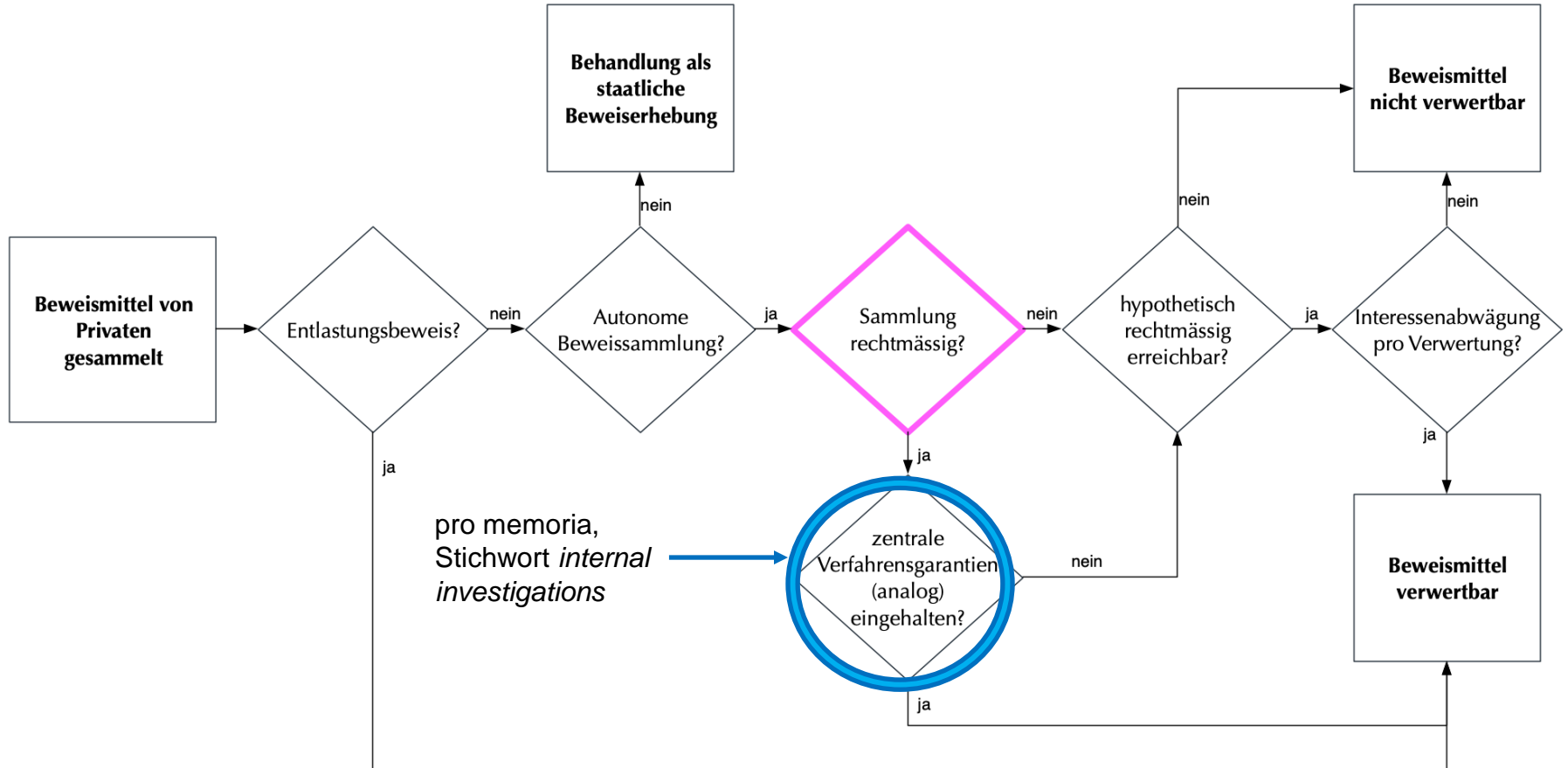


Autonome Beweissammlung

- Strafbehörde/Staat **beauftragt** Privaten mit oder **unterstützt** bei Beweissammlung = **staatliche Beweiserhebung**
 - Regeln der StPO anwendbar (insbes. **Art. 139–141**)
 - Typische Beispiele
 - Strafverfolger helfen, eine Hörfalle einzurichten oder ein Telefonat aufzuzeichnen
 - Strafverfolger geben Instruktionen, was Privater im persönlichen Gespräch oder am Telefon zu sagen habe, um das Gespräch zu lenken
 - Verdeckte Ermittlung

- **Strassenverkehrsfälle:** regelmässig autonome private Beweissammlung

(Un-)Rechtmässigkeit der Beweissammlung



(Un-)Rechtmässigkeit der Beweissammlung

- Verstoss gegen **irgend eine Rechtsnorm** des schweizerischen Rechts, deren Adressat (auch) der Private ist
 - Nicht nur Strafrechtswidrigkeit (so auch BGer, Lehre z.T. anders)
 - Blosser «Grundrechtsverletzungen» genügen hingegen nicht, da Privater nicht Adressat
- **Rechtfertigungsgrund** hebt Unrechtmässigkeit auf
- Hauptsächlich relevant im Strassenverkehr: **DSG**
 - Aneignungsdelikte oder Delikte gegen Geheim- und Privatbereich auch möglich, hier aber wohl nicht Regelfall
- Strafrechtler müssen sich auch mit **anderen Rechtsgebieten** befassen

(Un-)Rechtmässigkeit der Beweissammlung

- **Typisches Beispiel:** Bild- und Tonaufzeichnung
 - Dashcams, aber auch GoPro am Helm, auf Strasse gerichtete Überwachungskamera, Fussgänger mit Handykamera etc.
 - Vereinbarkeit mit **Datenschutzrecht?**

Art. 12 Abs. 1 und 2 lit. a DSGVO: Persönlichkeitsverletzungen

¹ Wer Personendaten bearbeitet, darf dabei die Persönlichkeit der betroffenen Personen nicht widerrechtlich verletzen.

² Er darf insbesondere nicht:

- a. Personendaten entgegen den Grundsätzen der Artikel 4, 5 Absatz 1 und 7 Absatz 1 bearbeiten;

Exkurs Datenschutzrecht

- Ist das Filmen von Personen oder Kontrollschildern ein **Bearbeiten von Personendaten**?
 - Personendaten = alle Angaben, die sich auf eine bestimmte oder bestimmbare Person beziehen ✓
 - Bearbeiten = jeder Umgang mit Personendaten, insbes. Beschaffen, Aufbewahren, Verwenden, Umarbeiten, Bekanntgeben, Archivieren oder Vernichten ✓

- **Konsequenzen**
 - Art. 4, 5 Abs. 1 und 7 Abs. 1 DSG sind zu beachten
 - Verstoss dagegen = Widerrechtliche Persönlichkeitsverletzung
 - Möglichkeit der Rechtfertigung nach Art. 13 DSG

Exkurs Datenschutzrecht

- **Art. 4 Abs. 1, 2 und 4 DSG: Grundsätze**

¹ Personendaten dürfen nur rechtmässig bearbeitet werden.

² Ihre Bearbeitung hat nach **Treu und Glauben** zu erfolgen und muss **verhältnismässig** sein.

⁴ Die Beschaffung von Personendaten und insbesondere der Zweck ihrer Bearbeitung müssen für die betroffene Person **erkennbar** sein.

- **Erkennbar** = offensichtlich oder Hinweisschild

Exkurs Datenschutzrecht

- Videoaufzeichnung durch Private **i.d.R. nicht erkennbar**
 - Verstoss gegen Treu und Glauben (Art. 4 Abs. 2 DSG)
 - Verstoss gegen Transparenzprinzip (Art. 4 Abs. 4 DSG)
 - Widerrechtlichkeit ergibt sich bereits aus mangelnder Erkennbarkeit
- Videoaufzeichnung durch Private **verhältnismässig** (Art. 4 Abs. 2 DSG)?
 - Erforderlichkeit und Eignung der Datenbearbeitung für Zweck
 - Nachteile in angemessenem Verhältnis zu Vorteilen
 - Zumutbarkeit für Betroffenen hinsichtlich Zweck und Mittel
 - Schwierig, allgemein zu beantworten (Bsp.: Ringspeicher)

Exkurs Datenschutzrecht

■ Art. 13 Abs. 1 DSG: Rechtfertigungsgründe

Eine Verletzung der Persönlichkeit ist widerrechtlich, wenn sie nicht durch Einwilligung des Verletzten, durch ein **überwiegendes privates oder öffentliches Interesse** oder durch Gesetz gerechtfertigt ist.

■ Überwiegendes Interesse **fällt insbes. in Betracht** bei

- Vertragsverhandlungen, wirtschaftlichem Wettbewerb, Kreditwürdigkeitsprüfungen (Abs. 2 lit. a-c)
- Veröffentlichungen im redaktionellen Teil eines periodisch erscheinenden Mediums (Abs. 2 lit. d)
- Forschung, Planung, Statistik (Abs. 2 lit. e)
- öffentlichem Wirken einer Person des öffentlichen Lebens (Abs. 2 lit. f)

Exkurs Datenschutzrecht

- Nötig also wieder **Interessenabwägung**
 - Bei Verstoss gegen Art. 4 DSG: Rechtfertigung nur mit Zurückhaltung
 - Transparenzprinzip = Grundpfeiler Datenschutz, Verstoss per se schwer
 - Interesse des Datenbearbeiters (desjenigen, der filmt)
 - Privates Interesse: Beweismittel, falls Unfall
 - Öffentliches Interesse?
 - Interesse des von der Datenbearbeitung Betroffenen
 - Privates Interesse: Recht auf informationelle Selbstbestimmung
 - Öffentliches Interesse: Überwachungsfreier Zustand
- **Ergebnis:** Heimliche Aufnahmen im Strassenverkehr regelmässig rechtswidrig (so auch meist die bisherige Praxis)

Exkurs Datenschutzrecht

► Der Bundesrat ► EDÖB



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössischer Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter (EDÖB)

Zusammenfassend halten wir fest, dass der Einsatz von Dashcams auf öffentlichen Strassen in der Regel das Transparenz- und das Verhältnismässigkeitsprinzip verletzt, sofern die gewonnenen Bilder einer bestimmten Person zugeordnet werden können. Diese Verstösse sind als schwerwiegend einzustufen und können demnach nur mit einem entsprechend schwerer wiegenden privaten oder öffentlichen Interesse gerechtfertigt werden.

Ein solcher Rechtfertigungsgrund ist normalerweise nicht gegeben, so dass die Aufnahmen eine widerrechtliche Persönlichkeitsverletzung darstellen. Die Gewährleistung der Verkehrssicherheit ist klassische Polizeiaufgabe und nicht Sache privater Verkehrsteilnehmer und gilt also nicht als Rechtfertigungsgrund. Aber auch das an sich nachvollziehbare Interesse, bei Unfällen Bilder als Beweismittel zur Hand zu haben, ist kein den Persönlichkeitsschutz überwiegendes Interesse, zumal diese Bilder oft keine eindeutige Version des Sachverhalts wiedergeben.

Exkurs Datenschutzrecht

Aufzeichnungen Crashrecorder, wenn nicht der Eigentümer/Halter das Auto lenkt?

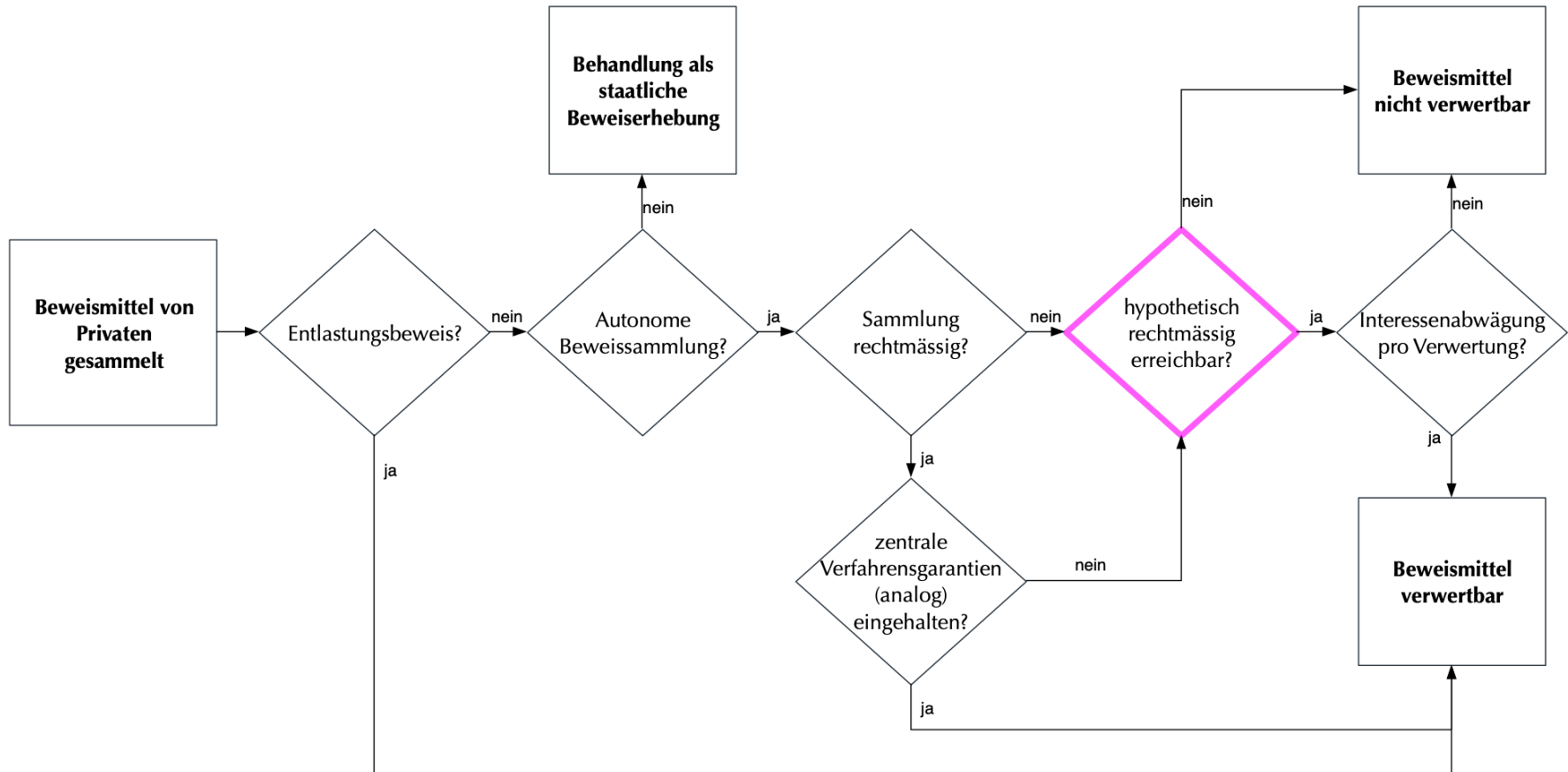
- Aufzeichnung gewisser Daten des **gelenkten Fahrzeugs**
- Problematisch allenfalls punkto **Erkennbarkeit/Transparenz**
- **Überwiegendes Interesse des Versicherers / Halters** (Art. 13 DSGVO)?

Aufzeichnungen Innenraum, wenn für Mitinsassen nicht erkennbar?

- Hier kann auch Art. 179^{ter} StGB (Unbefugtes Aufnehmen von Gesprächen) Thema sein.

Navigationsgeräte? usw...

Hypothetische rechtmässige Erreichbarkeit



Hypothetische rechtmässige Erreichbarkeit

- BGer 6B_1241/2016, E. 1.2.2.
«Von Privaten rechtswidrig erlangte Beweismittel sind nach der Rechtsprechung nur verwertbar, wenn **sie** von den Strafverfolgungsbehörden rechtmässig hätten erlangt werden können (...). Wesentlich ist, ob die Behörden das strittige Beweismittel hätten erheben können, wenn ihnen der **Tatverdacht** bekannt gewesen wäre.»
- **Beweismittelidentität**
 - Frage nicht, ob Tat auch mit **anderen** rechtmässigen Beweismitteln hätte bewiesen werden können
 - Frage, ob **dieses** Beweismittel (bzw. staatliches Pendant) rechtmässig erreichbar gewesen wäre

Hypothetische rechtmässige Erreichbarkeit

- **Strafprozessuale Sichtweise:** Beweismittel rechtmässig erreichbar **wenn**
 - Strafanzeige vor fraglicher Beweiserhebung hypothetisch möglich wäre, und
 - dadurch bei Strafverfolgungsbehörde hypothetisch ein Tatverdacht entstanden wäre.
 - Mögliche Unterscheidung auch: anlassbezogen / anlasslos
 - Weitere Kriterien nur, soweit abstrakt überprüfbar (z.B. nicht: Subsidiarität)
- Grundlage für rechtmässige hypothetische Erreichbarkeit kann auch im **Polizeirecht** zu finden sein

Hypothetische rechtmässige Erreichbarkeit

Beispiel: Autofahrer T überfährt auf der Autobahn eine Sperrfläche. Anschliessend überholt er ein anderes Auto verbotenerweise rechts. Ein unbeteiligter Fahrer hat das Ganze (anlasslos) mit seiner Dashcam aufgezeichnet.

- Ab Moment, wo Sperrfläche überfahren wird, ist ein **Tatverdacht** hinsichtlich Verkehrsregelverletzung hypothetisch möglich
 - Ab dem Moment könnte aus strafprozessualer Sicht auch die Polizei eine Videoaufzeichnung machen → Private Videoaufzeichnung ab da verwertbar
- Dürfte die Polizei auch schon vorher auf **polizeirechtlicher Grundlage** filmen?
 - Stichwort Strassenverkehrskontrollverordnung (SR 741.01; SKV)

Hypothetische rechtmässige Erreichbarkeit

- **Art. 9 Abs. 1 SKV: Einsatz technischer Hilfsmittel**

¹ Nach Möglichkeit sind bei den Kontrollen **technische Hilfsmittel** einzusetzen, insbesondere bei der Kontrolle:

- a. der Geschwindigkeit;
- b. der Beachtung von Lichtsignalen;
- c. des Sicherheitsabstandes beim Hintereinanderfahren;
- d. (...)
- h. der Verwendung eines Telefons ohne Freisprecheinrichtung während der Fahrt; (...)

- Ist **Polizeitätigkeit** eine ständige, grosse Verkehrskontrolle?

Hypothetische rechtmässige Erreichbarkeit

▪ Art. 5 Abs. 1 und 2 SKV: Kontrollen

¹ Die kantonalen Behörden richten die Kontrollen schwerpunktmässig nach sicherheitsrelevantem Fehlverhalten, den Gefahrenstellen und der Unterstützung des Verlagerungsziels nach dem Güterverkehrsverlagerungsgesetz vom 19. Dezember 2008 aus.

² Die Kontrollen erfolgen **stichprobenweise, systematisch oder im Rahmen von Grosskontrollen**. Sie können kantons- oder staatenübergreifend koordiniert werden.

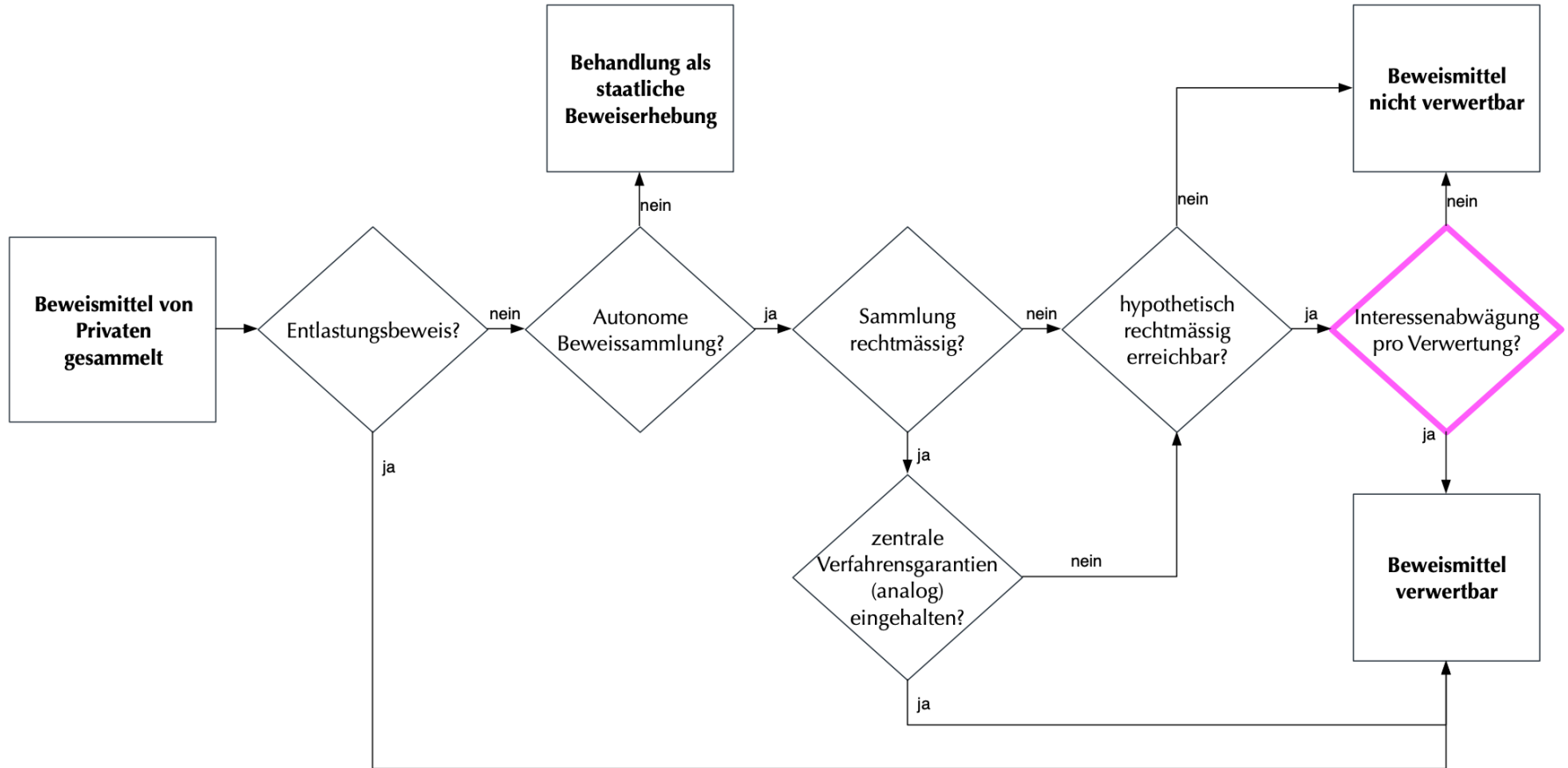
Hypothetische rechtmässige Erreichbarkeit

- SKV **m.E. keine Grundlage für Polizei**, stets und anlasslos zu filmen
 - Ebenso KGer SZ, STK 2017 1, 20.6.2017, Ziff. 3. b/aa
 - Nicht klar entschieden (Erreichbarkeit aus anderen Gründen bejaht)
BezGer Bülach, GG180005-C/U1, 26.4.2018, Ziff. II.3.3, bestätigt von
OGer ZH, II. StrK, SB180251, 9.10.2018
- **Kantonale Polizeigesetze?**
 - **Art. 22 Abs. 3 PolG-GR: Einsatz technischer Mittel**
Die Kantonspolizei kann Teilnehmerinnen und Teilnehmer öffentlicher Veranstaltungen und im Strassenverkehr zur Identifikation bildmässig aufnehmen, sofern die **konkrete Gefahr** besteht, dass Straftaten begangen werden.

Hypothetische rechtmässige Erreichbarkeit

- **Kriterium** der hypothetischen rechtmässigen Erreichbarkeit stösst in der Lehre zum Teil auf **Ablehnung**
 - Tatverdacht: Hypothetisches bleibt eben hypothetisch
 - Man stelle sich vor: Autofahrer A steigt in sein Auto und schaltet seine Dashcam ein. Noch bevor er losfährt, zeichnet die Dashcam zufällig auf, wie auf dem Trottoir T mehrere tödliche Schüsse auf O abgibt.
Hypothetische Erreichbarkeit?

Interessenabwägung pro Verwertung?



Interessenabwägung pro Verwertung?

- BGer 6B_786/2015, 8.2.2016, E. 1.3.2.
«Je **schwerer die zu beurteilende Straftat** ist, umso eher überwiegt das öffentliche Interesse an der **Wahrheitsfindung** das **private Interesse** des Beschuldigten an der Unverwertbarkeit des fraglichen Beweises.»

- Beim Wort genommen **unvollständig**, weil
 - Interesse an Unverwertbarkeit mit Schwere des Vorwurfs auch zunimmt
 - öffentliches Interesse an fairen und justizförmigen Verfahren und wirksamem Grundrechtsschutz nicht thematisiert wird
 - Schwere des Rechtsverstosses des Privaten nicht thematisiert wird
 - Tauglichkeit bzw. Zuverlässigkeit des Beweismittels nicht thematisiert wird

Interessenabwägung pro Verwertung?

Wonach bestimmt sich die **Schwere der Straftat**?

- Möglichkeit 1: **abstrakt**
 - Deliktseinteilung (Verbrechen, Vergehen, Übertretung)
 - Art der Rechtsgutsbeeinträchtigung (abstraktes oder konkretes Gefährdungsdelikt oder Verletzungsdelikt)
 - Subjektiver Tatbestand (Vorsatz/Fahrlässigkeit)

- Möglichkeit 2: **konkret**
 - Schwere der Straftat im Einzelfall

- Möglichkeit 3: **Kombination von 1 und 2**

*n.b.: BGer sagt nicht «**schwere Straftaten**» wie in Art. 141 Abs. 2 StPO*

Interessenabwägung pro Verwertung?

Schwere einer **groben Verkehrsregelverletzung?**

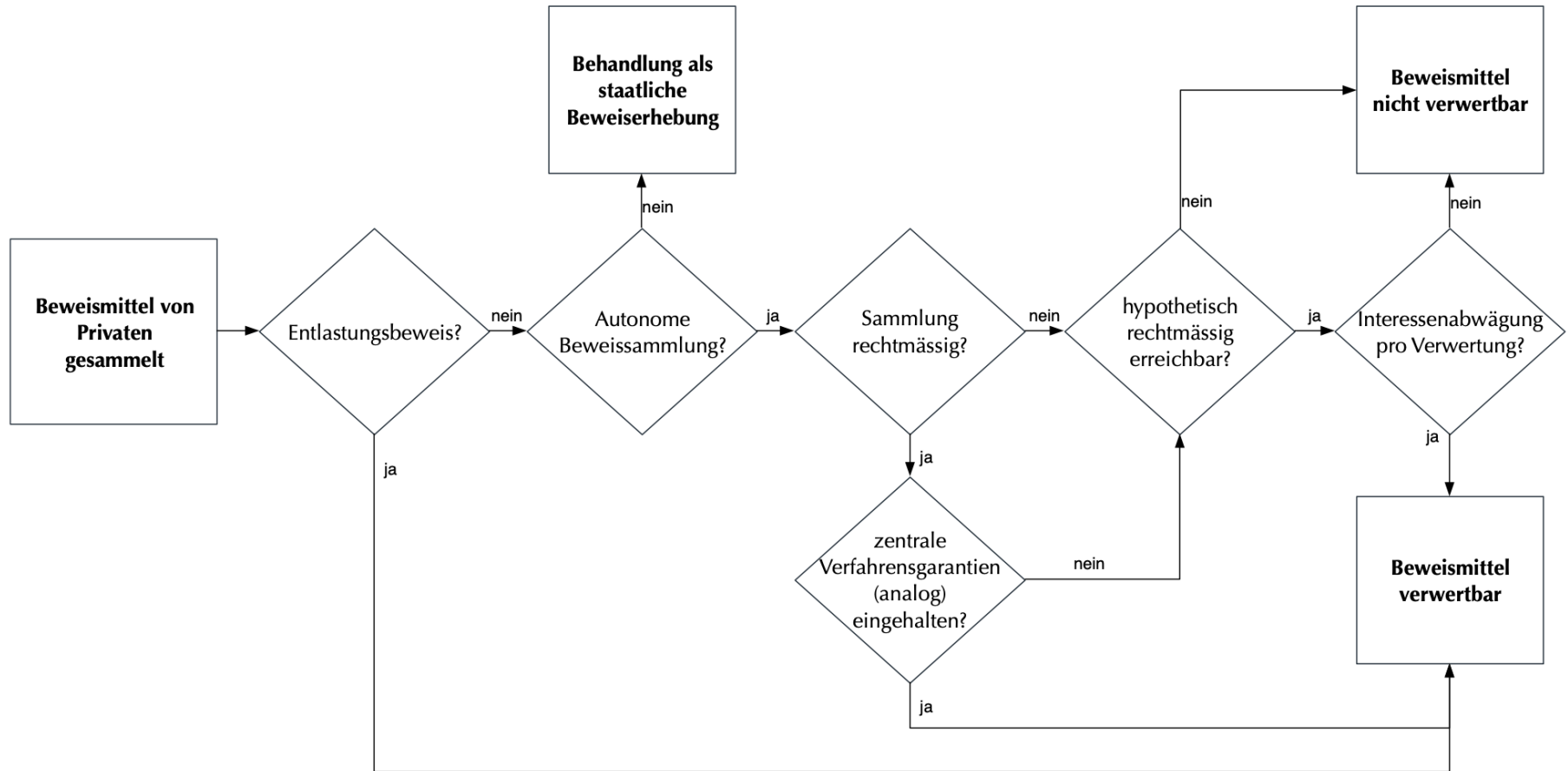
- Abstrakt
 - Vergehen
 - Abstraktes Gefährdungsdelikt
 - Vorsatz und Fahrlässigkeit gleichgestellt (Art. 100 Ziff. 1 Abs. 1 SVG)
- Konkret
 - Schwere der Straftat im Einzelfall
 - Abstrakte oder konkrete Gefährdung?
 - Beispiel: Verschuldensangemessen Geldstrafe von 50 Tagessätzen?
 - unterste 5% des Strafrahmens
 - «Bagatellgrenze» nach Art. 132 StPO = 120 Strafeinheiten

Interessenabwägung pro Verwertung?

Interessen **gegen Verwertung**

- Persönlichkeitsverletzung in Praxis **regelmässig als nicht schwer qualifiziert**
- Aber: **gewichtiges öffentliches Interesse** an überwachungsfreiem Zustand
- **Grundpfeiler DSGVO**: Transparenz der Datenbeschaffung
- Letztlich: Sache bleibt **im Einzelfall höchst unsicher**
- Dennoch: Unverwertbarkeit als Regel, **Verwertbarkeit als Ausnahme**
- Minimum Methodenehrlichkeit: **Transparenz**

Überblick



Fazit

- An verschiedenen Stellen im Prüfschema kommen **Interessenabwägungen** vor
 - Jeweils klar bedenken, welche Interessen wo zu berücksichtigen sind
- Interessenabwägungen sind **immer** unsicher und Wertentscheidungen
 - Was wären die Alternativen?
- **Zurückhaltung** ist angezeigt, da der Grundsatz auf Unverwertbarkeit lautet
- **Rechtsprechung** wird sich noch viel damit zu beschäftigen haben

**Sind privat erlangte Beweise in Strassenverkehrsfällen also
verwertbar?**

Nun, je nachdem...

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Ass.-Prof. Dr. Stefan Maeder

Universität Luzern | Rechtswissenschaftliche Fakultät

Frohburgstrasse 3 | Postfach 4466 | 6002 Luzern

stefan.maeder@unilu.ch

Hinweise auf Rechtsprechung

- BGer, 11.5.2012, 1B_22/2012, v.a. E. 2.4. (Grundlagen, i.c. keine rechtmässige Erreichbarkeit für Strafbehörden)
- BGer, 24.2.2014, 6B_983/2013; 6B_995/2013, v.a. E. 3 (Aufnahmen von Telefongesprächen, Verwertbarkeit i.c. bejaht)
- BGer, 8.2.2016, 6B_786/2015, v.a. E. 1 (Nichtprüfung des Subsidiaritätsgrundsatzes von Art. 269 Abs. 1 lit. c StPO)
- BGer, 17.7.2017, 6B_1241/2016, E. 1 (private Observation, Anwendung Prüfprogramm auch bei Verletzung nichtstrafrechtlicher Normen, Verwertbarkeit i.c. bejaht)
- OGer ZG, 11.5.2017, GVP ZG 2017, 195–198 | danach BGer, 26.9.2017, 6B_758/2017 (Frage der Verwertbarkeit der Dashcam-Aufnahmen i.c. offengelassen)
- KGer SZ, 20.6.2017, EGV-SZ 2017, 38–43 = CAN 1-18 Nr. 17, auch abrufbar unter https://www.kgsz.ch/fileadmin/dateien/pdf/Anonymisiertes_Urteil_Dashcam-Fall.pdf
- OGer ZH, III. StrK, 16.3.2018, UH170424, ZR 2018, 141–146
- OGer ZH, II. StrK, 9.10.2018, SB180251

Hinweise auf Literatur

Auswahl, vgl. weiter die üblichen Kommentare und Lehrbücher

- Sabine Gless, Nr. 32 Kantonsgericht Schwyz, Strafkammer, Urteil vom 20. Juni 2017 i.S. A. gegen Staatsanwaltschaft Innerschwyz – STK 2017 1, forumpoenale 2018, 397 ff.
- Gunhild Godenzi, Private Beweisbeschaffung im Strafprozess, Eine Studie zu strafprozessualen Beweisverboten im schweizerischen und deutschen Recht, Diss. ZH, Zürich 2008
- Gunhild Godenzi, Strafbare Beweisverwertung? Auswirkungen der Art. 179bis ff. StGB auf die Beweisverwertung im Strafverfahren, AJP 2012, 1243 ff.
- Caroline Guhl, Trotz rechtswidrig beschaffter Beweise zu einem gerechten Straf- und Zivilurteil, Diss. SG, Zürich/St. Gallen 2018
- Sophie Haag, Die private Verwendung von Dashcams und der Persönlichkeitsschutz, in: René Schaffhauser (Hrsg.), Jahrbuch zum Strassenverkehrsrecht 2016, Bern 2016, 171 ff.,
- Matthias Maager, Verwertbarkeit privater Dashcam-Aufzeichnungen im Strafverfahren, sui generis 2018, 177 ff.
- Stefan Maeder, Verwertbarkeit privater Dashcam-Aufzeichnungen im Strafprozess, Eine Auslegeordnung anlässlich des Urteils STK 2017 1 des Kantonsgerichts Schwyz, AJP 2018, 155 ff.
- Philipp Mazenauer, Die Verwertung privater Videoaufnahmen im Strassenverkehr, Am Beispiel dreier Fälle, in: Juana Vasella (Hrsg.), Von A wie Arbitration über T wie Transport bis Z wie Zivilprozess, Liber discipulorum für Professor Dr. Andreas Furrer zum 55. Geburtstag, Bern 2018, 311 ff,

Hinweise auf Literatur

- Niklaus Ruckstuhl, Die strafprozessuale Verwertung von Dashcam-Aufnahmen, in: René Schaffhauser (Hrsg.), Jahrbuch zum Strassenverkehrsrecht 2018, Zürich/St. Gallen 2018, 117 ff.
- Linda Schmid, Nr. 1 Bundesgericht, Strafrechtliche Abteilung, Urteil vom 8. Februar 2016 i.S. X. gegen Oberstaatsanwaltschaft des Kantons Zürich und A. – 6B_786/2015, forumpoenale 2017, 2 ff.,
- Hans Vest/Andrea Höhener, Beweisverwertungsverbote – quo vadis Bundesgericht?, ZStrR 2009, 95 ff.
- Wolfgang Wohlers/Linda Bläsi, Dogmatik und praktische Relevanz der Beweisverwertungsverbote im Strafprozessrecht der Schweiz, recht 2015, 158 ff.